

Presse-Information

Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Obenmarspforten 21, 50667 Köln
E-Mail: presseamt@stadt-koeln.de
Redaktionsbüro +49 (0) 221 221-26456
Rufbereitschaft: +49 (0) 221 / 221-26487

Alexander Vogel (av) 221-26487
Pressesprecher
Simone Winkelhog (sw) 221-25942
stv. Pressesprecherin
Robert Baumanns (rob) 221-32176
Jürgen Müllenberg (jm) 221-26488
Katja Reuter (reu) 221-31155
Nicole Trum (nit) 221-26785
Sabine Wotzlaw (wot) 221-25399

26.01.2021 - 82

Sanierung der Städtischen Bühnen

Monatsbericht Dezember: Oberbürgermeisterin Reker und Technischer Betriebsleiter Streitberger legen aktualisierte Kosten- und Terminprognose vor

Oberbürgermeisterin Henriette Reker und der Technische Betriebsleiter der Städtischen Bühnen Köln, Bernd Streitberger, haben am heutigen Dienstag, 26. Januar 2021, in einer Pressekonferenz einen Überblick über den aktuellen Planungsstand gegeben sowie eine aktualisierte Kosten- und Terminprognose vorgelegt.

Grundlegend dafür ist der Monatsbericht Dezember 2020. Die Bühnen haben wie angekündigt mit dem Monatsbericht Dezember 2020 eine aktualisierte Kosten- und Terminprognose veröffentlicht. Diese sieht die Schlüsselübergabe des gesamten Ensembles am Offenbachplatz im 1. Quartal 2024 vor. Dies entspricht im Vergleich zur letzten Gesamtberechnung im Juni 2019 einer Verlängerung von 9 Monaten, von denen die Bühnen allerdings bereits ein Quartal Verzug im Juni 2020 kommuniziert hatten. Diese Verlängerung führt, in Verbindung mit den bereits im November 2020 mitgeteilten Mehrkosten (durch die Vergaben von fünf Schlüsselgewerken der Haustechnik) zu einem Anstieg der Kostenprognose auf 617,6 Millionen Euro, beziehungsweise 643,9 Millionen Euro (inklusive aller bekannten möglichen Risiken). Dies entspricht im Vergleich zur letzten Gesamtberechnung im Juni 2019 einer Erhöhung um 63,5 Millionen Euro (ohne Risiken) beziehungsweise 72,9 Millionen Euro bei der Berücksichtigung aller Risiken.

„Das sind die schlechten, die schmerzlichen Nachrichten“, stellt Oberbürgermeisterin Reker fest. „Sie sind Folge dessen, dass wir 2015 alles auf null stellen und im Prinzip komplett von vorn beginnen mussten. Die gute Nachricht heute aber ist: Wir sind mit der Planung, einem durchaus auch nervenaufreibenden Prozess, auf der Zielgeraden. Ab März/April wird der Baubetrieb wieder hochgefahren, Mitte dieses Jahres soll wieder mit voller Kraft gebaut werden.“

Der Technische Betriebsleiter Bernd Streitberger benennt die beiden Hauptgründe für die Verlängerung der Projektlaufzeit: „Zum einen haben wir die im November erfolgreich abgeschlossenen Vergabeverfahren zugunsten einer zusätzlichen Verhandlungsrunde letzten Juni um zwei Monate verlängert. Dieses war damals keine einfache Entscheidung, aber die Tatsache, dass wir trotz nach wie vor boomender Baukonjunktur, die für den Weiterbau unabdingbar notwendigen Firmen unter Vertrag

nehmen konnten, bestätigt uns, dass diese Investition richtig war. Eine Wiederholung des Vergabeprozesses hätte mehr Zeit gekostet und die Kosten wären dadurch noch weiter gestiegen.“ Streitberger weiter: „Zum anderen lag die Ausführungsplanung am 25. August 2020 nicht wie eigentlich vereinbart vollständig vor. Dieser Umstand liegt ausdrücklich nicht allein in der Verantwortung der Planer der Haustechnik, die in ihrer Arbeit auch auf die Zuarbeit anderer Projektbeteiligter angewiesen sind“, so Streitberger.

Die Nachlieferungen, Nacharbeiten und der intensive Prüfprozess trugen maßgeblich zur Verlängerung der Sanierungsmaßnahme bei. Die Arbeiten an der Ausführungsplanung werden das Projekt auch noch das erste Halbjahr 2021 intensiv beschäftigen. Durch eine genaue Taktung von Prüfung und Nacharbeiten wird sichergestellt, dass die für die nachfolgende Werk- und Montageplanung notwendigen Elemente der Ausführungsplanung rechtzeitig vorliegen. „Wir haben mit dem Projektsteuerer, den Planern, den Objektüberwachungen (Bauleitungen) und den beauftragten Firmen, die Prozesse so abgestimmt, dass wir die nach der Prüfung überarbeitete Planung immer ohne Verzögerung für die Baustelle vorliegen haben“, erklärt Streitberger. Im Dezember wurden dementsprechend bereits überarbeitete Pläne an die Firmen übergeben. An der Vorgehensweise „Erst planen, dann bauen“ wird damit auch weiterhin festgehalten.

Der Technische Betriebsleiter nimmt die aktualisierte Kosten- und Terminprognose zum Anlass für einen Rückblick auf den Projektverlauf der vergangenen 18 Monate. „Die Planungsphase war für alle Projektbeteiligten bislang eine enorme Herausforderung mit viel Reibung, manchen Höhen und diversen Tiefen. Ein Grund mehr, mich bei allen Beteiligten für den aufwendig erarbeiteten Fortschritt zu bedanken. Wir stehen unmittelbar vor der Werk- und Montageplanung, dem finalen Planungsschritt. Ab Mitte des Jahres werden die Bauarbeiten wieder beginnen und wir haben alle dazu notwendigen Beteiligten an Bord. Auf unserer Straße zur Schlüsselübergabe haben damit einiges an schwerem Gelände hinter uns gelassen und können nun die nächste Passage mit dem Hochfahren des Baustellenbetriebs in Angriff nehmen.“

Den Fortschritten entsprechend haben sich die Risiken im Vergleich zum Quartalsbericht im September 2020 um 6,3 Millionen Euro reduziert, auch wenn sie unter anderem durch die Corona-Lage über den Risiken von 2019 liegen. Ebenfalls in den Kosten enthalten sind die Risiken durch eine im Dezember eingetretene Insolvenz eines Rohbauunternehmens. „Wie auf jeder Baustelle werden uns gewisse Risiken bis zum Abschluss aller Arbeiten begleiten“, führt der Technische Betriebsleiter aus. „Ich bin aber überzeugt davon, dass wir sie durch unser Risikomanagement frühzeitig erkennen und dadurch rechtzeitig gegensteuern werden“.

Die neue Berechnung der Kosten und Termine impliziert, dass zur Handlungsfähigkeit der Bühnen als Bauherr, das Budget an die neue Kostenprognose von 617,6 Millionen Euro angepasst werden muss. Die Bühnen werden eine entsprechende Vorlage dazu im Lauf dieses Jahres auf den Weg bringen.

Der Interimsspielbetrieb der Bühnen ist bis Dezember 2022 durch Ratsbeschlüsse abgesichert. Zur Verlängerung des Interimsspielbetriebes werden die Bühnen ebenfalls im Laufe des Jahres eine entsprechende Verlängerungsvorlage erarbeiten. Staatenhaus und Depot stehen für eine Verlängerung zur Verfügung. Eine Spielzeit im Interim kostet auf Basis der Erfahrungen der Vergangenheit neun bis zehn Millionen Euro.

„Köln braucht Oper und Schauspiel. Die Kölnerinnen und Kölner brauchen Oper und Schauspiel. Es sind die Bühnen der Kölnerinnen und Kölner. In einer vom Krieg zerstörten Stadt wurde 1954 mit dem Bau des Opernhauses begonnen. Die Verantwortlichen damals wollten einen Ort der Begegnung für die Menschen in dieser Stadt. Einen Ort für neue Erfahrungen nach der Barbarei des Nazi-Terrors“, so Oberbürgermeisterin Henriette Reker. „Und genau das sind die Bühnen: Es sind Orte

des Diskurses, der neuen Erfahrungen, der Begeisterung, auch der Ablehnung, des Streits – das hat Oper und Schauspiel immer ausgezeichnet. Dafür waren Kölns Oper und Schauspiel jahrzehntelang bekannt, sie haben Kölnerinnen und Kölner begeistert – auch mit dem „Divertissementchen“ –, sie haben regionales, bundesweites, internationales Publikum nach Köln geholt, große Musikerinnen und Musiker, Sängerinnen und Sänger, Dirigenten. Maria Callas hat an der Kölner Oper gesungen. Oper und Schauspiel wurden mit Preisen ausgezeichnet. Sie haben Köln glänzen lassen. Und genau da wollen wir sie auch in Zukunft wieder sehen.“

In der folgenden Tabelle sind die aktuellen Projektdaten aufgeführt. Bitte beachten Sie, dass sich in der letzten Zeile die bisher immer genannten 287 Millionen Euro Finanzierungs- und „sonstigen“ Kosten nach aktuellem Stand um 27 auf 260 Millionen Euro reduziert haben.

Die aktuellen Projektdaten als Übersicht	
Termine	
Schlüsselübergabe an Oper und Schauspiel	1. Quartal 2024
Baukosten	
Aktuell gültige Kostenprognose inkl. aller bisherigen Ausgaben (Stand: 31.12.2020):	618 Millionen Euro
Aktuell gültige Kostenprognose inkl. aller bisherigen Ausgaben bei Eintritt aller bekannten Risiken (Stand: 31.12.2020)	644 Millionen Euro
Sonstige Kosten	
Aktuelle Prognose Finanzierungskosten (u.a. Zinsen über 40 Jahre auf Basis von 554,1 Millionen Euro) und sonstige Kosten (u.a. Machbarkeitsstudie)	260 Millionen Euro